

Ernst Burkhardt
namens SP-Fraktion

Interpellation zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs

Immer wieder beklagt der Stadtrat die finanzielle Belastung durch die sogenannten Zentrumsfunktionen unserer Stadtgemeinde, unter anderem die ungerechte Verteilung der Kosten des öffentlichen Verkehrs im Kanton Baselland (vgl. SR Werner Kunz im letzten „Aktuell“).

In der Tat zeigen die aufgrund des geltenden revidierten kantonalen Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (1. Januar 1998) berechneten Beiträge, dass unsere Stadt finanziell benachteiligt wird. Wohl ist Liestal mit der SBB (Regio-S-Bahn und InterRegio), der Waldenburgerbahn, den Buslinien 70, 71, 75, 76, 77, 78, 80 und den Postautolinien 72, 73 und 83 öV-mässig sehr gut erschlossen und niemand wünscht sich einen Abbau. Aber durch die Berechnungsgrundlage auf der Basis der Haltestellen-Zahl wird suggeriert, dass die Liestaler Bevölkerung am meisten vom dichten öV-Netz profitiert. Da vermag der Belastungsausgleich - als Korrektur gedacht - diese falsche Grundlage nicht wesentlich korrigieren. Die nach Liestal pendelnden und in Liestal umsteigenden resp. zusteigenden Bewohner der Aussengemeinden profitieren mindestens ebenso sehr vom öV-Angebot wie die Liestaler Benutzer. Dieser Aspekt ist bei der Berechnung zu wenig gewichtet.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Um wie viel Prozent höher sind die Prokopfbeträge Liestals als diejenigen der Nachbargemeinden Lausen, Bubendorf, Seltisberg, Arisdorf, Frenkendorf und Füllinsdorf?
2. Wie und auf welchen Zeitpunkt müssen resp. können die Grundlagen für die Berechnung der Gemeindebeiträge neu erarbeitet werden, sodass bei der Lastenverteilung grössere Gerechtigkeit verwirklicht wird.
3. Ist dazu eine Gesetzesänderung nötig, oder kann dies in einem neuen Leistungsauftrag korrigiert werden?
4. Welche Bemühungen hat der Stadtrat schon unternommen, um eine Korrektur zu veranlassen?
5. Kann der Stadtrat Vorschläge unterbreiten, wie bei der Berechnung der Gemeindebeiträge eine grössere Gerechtigkeit erzielt werden könnte? Wie sehen diese allenfalls aus?
6. Wie kann der Einwohnerrat die Bemühungen des Stadtrates unterstützen?

Liestal, 4. November 2003

namens der SP-Fraktion
Ernst Burkhardt

